Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7504**
16. Wahlperiode 12. 12. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Marcus Weinberg, Ilse Aigner, Bernward Müller (Gera), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulla Burchardt, Jörg Tauss, Willi Brase, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/6945 –

Indisch-Deutschen Studierenden- und Wissenschaftleraustausch fördern – Mobilitätsprogramm zum Jahr der Geisteswissenschaften in Deutschand

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Cornelia Hirsch, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5811 –

Indisch-Deutschen Studierenden- und Wissenschaftleraustausch fördern – Mobilitätsprogramm zum Jahr der Geisteswissenschaften in Deutschland

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Kai Gehring, Krista Sager, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/5968 –

Indisch-Deutschen Studierenden- und Wissenschaftleraustausch fördern – Mobilitätsprogramm zum Jahr der Geisteswissenschaften in Deutschland

A. Problem

Zu den Nummern 1 bis 3

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat das Wissenschaftsjahr 2007 den Geisteswissenschaften gewidmet, um die besondere Bedeutung ihrer Disziplinen, Themen und Methoden für die Gesellschaft zu würdigen. Vonseiten der Bundesregierung und des Bundestages wird dem Ausbau

der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zu dem Schwellenland und der größten Demokratie der Welt Indien eine hohe Priorität eingeräumt. Der Schwerpunkt der bisherigen Kooperationen lag auf den mathematisch-naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen.

Die Antragsteller gehen davon aus, dass sowohl Deutschland als auch Indien langfristig nicht nur durch die Zusammenarbeit in diesen Wissenschafts- und Forschungsbereichen, sondern auch durch den Ausbau der Kooperationen und die Förderung des Austauschs in den Geisteswissenschaften profitieren werden.

B. Lösung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Wissenschafts- und Mittlerorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) den deutsch-indischen Studierenden- und Wissenschaftleraustausch in den Geisteswissenschaften durch ein Mobilitätsprogramm zu fördern.

Zu Nummer 1

Einstimmige Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6945

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5811 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5968 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/6945;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5811;

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5968.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/6945 anzunehmen;

2. den Antrag auf Drucksache 16/5811 abzulehnen;

3. den Antrag auf Drucksache 16/5968 abzulehnen.

Berlin, den 14. November 2007

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende und Berichterstatterin

Marcus Weinberg
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Marcus Weinberg, Ulla Burchardt, Cornelia Pieper, Dr. Petra Sitte und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Zu den Nummern 1 bis 3

Der Deutsche Bundestag hat die Anträge auf den **Drucksachen 16/6945, 16/5811** und **16/5968** in seiner 123. Sitzung am 8. November 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu den Nummern 1 bis 3

Die vorliegenden Anträge auf Drucksachen 16/6945, 16/5811 und 16/5968 sind inhaltlich im Wesentlichen identisch. Die Zahlen zu den Programmangeboten des DAAD im Rahmen des Studierendenaustauschs beziehen sich in den Anträgen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf das Jahr 2005, im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf 2006.

Die **Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE.** und **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führen aus, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Wissenschaftsjahr 2007 den Geisteswissenschaften gewidmet habe, um die besondere Bedeutung ihrer Disziplinen, Themen und Methoden für die Gesellschaft zu würdigen. Vonseiten der Bundesregierung und des Bundestages werde dem Ausbau der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zu dem Schwellenland und der größten Demokratie der Welt Indien eine hohe Priorität eingeräumt. Der Schwerpunkt der bisherigen Kooperationen liege aber auf den mathematisch-naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen, weniger auf geisteswissenschaftlichen Disziplinen.

Die Antragsteller gehen davon aus, dass sowohl Deutschland als auch Indien langfristig nicht nur durch die Zusammenarbeit in diesen Wissenschafts- und Forschungsbereichen, sondern auch durch den Ausbau der Kooperationen und die Förderung des Austauschs in den Geisteswissenschaften profitieren würden.

Das indische Hochschulsystem könne die interne Nachfrage nach Studienplätzen mittelfristig noch nicht decken, sodass über 150 000 indische Studierende vor allem im englischsprachigen Ausland (USA, Kanada, Großbritannien und Australien) ein Studium aufgenommen hätten. Demgegenüber stünden nur etwa 3 600 Studierende in Deutschland. Die Zahl der deutschen Studierenden in Indien sei demgegenüber noch verschwindend gering.

Der Schwerpunkt der Kooperationen und Austauschprogramme des BMBF, des BMZ, der DFG, der AvH und des DAAD hätte bisher auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet gelegen; in der Zusammenarbeit in den Geisteswissenschaften bestehe ein erheblicher Nachholbedarf.

Die Antragsteller begrüßen, dass die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel und die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, im Jahr 2007 die Bedeutung Indiens als Kooperationspartner unterstrichen und mit der Einleitung konkreter Maßnahmen vor Ort den bilateralen Wissenschaftsbeziehungen neue Impulse verliehen haben.

Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Wissenschafts- und Mittlerorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) und der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) den deutsch-indischen Studierenden- und Wissenschaftleraustausch vor allem in den Geisteswissenschaften durch ein Mobilitätsprogramm zu fördern. Der Vernetzung junger indischer Wissenschaftler mit deutschen Kollegen sowie der laufenden Angebote und der konkreten Einbindung der Gäste in Forschungsprojekte und wissenschaftliche Einrichtungen wird eine hohe Bedeutung zugemessen.

Deutschland sei für indische Wissenschaftler aber nur dann attraktiv, wenn ihnen langfristige Arbeits- und Aufenthaltsmöglichkeiten eröffnet würden.

Deutsche Studierende müssten auch bereits in Deutschland die Chance haben, ihre „Indienkompetenz“ an Lehrstühlen der Indologie zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung aufgefordert, Gespräche mit Vertretern von Unternehmen zu führen und für die Kooperation zwischen Wirtschaft und Hochschulen, das Angebot von Praktika und anschließende Arbeitsmöglichkeiten sowie die Einrichtung von Stiftungslehrstühlen für Indologie zu werben.

Die Bundesländer sollen gebeten werden, die Möglichkeiten eines Schüleraustausches zwischen Deutschland und Indien zu prüfen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der mitberatende **Innenausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/6945 anzunehmen.

Die **anderen mitberatenden Ausschüsse** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. ebenfalls die Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6945 empfohlen.

Zu Nummer 2

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5811 empfohlen.

Die **anderen mitberatenden Ausschüsse** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP ebenfalls empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5811 abzulehnen.

Zu Nummer 3

Der mitberatende **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5968 empfohlen.

Der mitberatende **Innenausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** haben mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5968 abzulehnen.

Der mitberatende **Ausschuss für Arbeit und Soziales,** der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der europäischen Union** haben mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5968 empfohlen.

Der mitberatende **Ausschuss für Kultur und Medien** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5968 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Die Vorsitzende und Obleute der Fraktionen im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung haben vom 5. bis 9. Februar 2007 die Republik Indien besucht.

Die Ausschussdelegation war Teil einer Wissenschafts- und Wirtschaftsdelegation, die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, zu der Informationsreise nach Indien eingeladen worden war.

Vor dem Hintergrund der Gespräche und Begegnungen in Indien beschloss die Delegation, einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Förderung der Kooperationen und des Austausches auf den Feldern von Bildung, Wissenschaft und Forschung zwischen Deutschland und Indien im Deutschen Bundestag zu stellen. Zur weiterführenden Vertiefung der Kenntnisse über die aktuellen Kooperationen zwischen Deutschland und Indien sowie zur fachlichen Vorbereitung des Antrags führte der Bildungs- und Forschungsausschuss am 25. April 2007 ein Fachgespräch „Förderung der deutsch-indischen Kooperationen in Bildung, Wissenschaft und Forschung“ durch.

Dazu lud die Vorsitzende Vertreter der indischen und deutschen Botschaft (Neu-Delhi) sowie folgender Bundesressorts und Mittlerorganisationen ein:

- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Alexander von Humboldt-Stiftung
- Deutscher Akademischer Austauschdienst
- Deutsche Forschungsgemeinschaft
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt
- Franckesche Stiftungen zu Halle
- Hochschulrektorenkonferenz
- Institut für Wissenschaft und Ethik der Universität Duisburg-Essen (Mitglied des „Indienkreises“ des BMBF)
- Kultusministerkonferenz

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 46. Sitzung am 14. November 2007 beraten und empfiehlt:

Zu Nummer 1

Einstimmige Annahme des Antrags auf Drucksache 16/6945.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5811 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Nummer 3

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5968 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vonseiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass die vorliegenden Anträge am Ende eines Prozesses stünden, der mit der Indienreise der Delegation des Bildungs- und Forschungsausschusses auf Einladung der Bundesministerin, Dr. Annette Schavan, Anfang Februar dieses Jahres begonnen habe. Es sei auch ein Anliegen des Koalitionsantrages, die aktuellen Initiativen der Bundeskanzlerin und der Bildungs- und Forschungsministerin vor Ort in Indien politisch zu unterstützen. Es wird hervorgehoben, dass der deutsch-indische Wissenschaftleraustausch eine gewisse Tradition habe, der bisherige Umfang aber im Hinblick auf die Potentiale noch eher bescheiden sei. Von ca. 10 Millionen indischen Studierenden seien ca. 3 600 in Deutschland eingeschrieben. Von den 150 000 indischen Studierenden im Ausland hielten sich die meisten (80 000), unter anderem auch aufgrund der Sprache, in den USA auf.

Die Antragsteller weisen auf das Engagement Indiens im Bereich der Grundlagenforschung hin. Es beteilige sich am Bau und Betrieb des internationalen Großprojektes „FAIR“ und arbeite mit Deutschland auch im Bereich der Sprachtechnologie und künstlichen Intelligenz zusammen.

Im Bereich der geisteswissenschaftlichen Kooperationen habe man sowohl während der Indienreise als auch im Fachgespräch des Ausschusses mit Vertretern der zuständigen Ressorts und Mittlerorganisationen Nachholbedarf diagnostiziert. Daher werde mit dem Auflegen eines Mobilitätsprogramms ein zusätzlicher Schub für den Austausch in den Geisteswissenschaften erwartet.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesministerin Dr. Annette Schavan hätten in Indien vergangene Woche deutliche Akzente auf die wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit gesetzt. Der Science-Express werde in den nächsten sieben Monaten in 56 indischen Städten deutsche Forschung und Technologie präsentieren. Die Ministerin habe ebenfalls erreicht, dass in Zukunft eine große Zahl deutscher Studierender fachliche und kulturelle Erfahrungen in Indien sammeln könnten.

Der Antrag berücksichtige auch einen Maßnahmenkatalog des DAAD mit einem Volumen von 4,3 Mio. Euro. Man erwarte auf dieser Grundlage eine Verdopplung der Zahl indischer Studierender in Deutschland (ca. 8 000). Exemplarisch wird auf einzelne Fördermaßnahmen wie die Einrichtung eines Exzellenz-Zentrums „Ingenieur- und Umweltwissenschaften“ in Madras, Hilfen bei der Vernetzung junger indischer Geistes- und Sozialwissenschaftler, ihre Einbindung in Forschungsprojekte und -verbünde sowie die Förderung von Studierenden kurz vor oder kurz nach der Promotion verwiesen.

Da die Weichen für eine internationale Mobilität bereits während der Schulzeit gestellt werden sollten, werden die Länder aufgefordert, den Schüleraustausch mit Indien auf- und weiter auszubauen.

Vonseiten der **Fraktion der SPD** wird auf die Randbedingungen des Antrages eingegangen, da die Zielsetzung und Inhalte bereits bekannt wären. Es sei bisher ohne Beispiel im Bildungs- und Forschungsausschuss, dass eine interfraktionelle Initiative zur Förderung des geistes- und sozialwissenschaftlichen Austauschs vor dem Hintergrund einer Delegationsreise gestartet worden sei. Nicht nur die Reise, sondern auch das anschließende Fachgespräch im Ausschuss habe den Status des aktuellen wissenschaftlich-technischen und geisteswissenschaftlichen Austauschs verdeutlicht, Defizite aufgezeigt und Forderungen und Wünsche zur Verbesserung der Situation offenbart.

Als Schwachstellen und Hindernisse für den Aufenthalt indischer Studierender und Wissenschaftler in Deutschland sei der Komplex „Visa und Aufenthaltsrecht“ identifiziert worden, die es abzubauen gelte.

Es wird darauf hingewiesen, dass die ursprüngliche Grundlage des Antrags ein konkret kalkulierter Vorschlag der DFG-Repräsentanz in Neu-Delhi, ein kurzfristig realisierbares kleines Mobilitätsprogramm für indische Geisteswissenschaftler mit einem finanziellen Umfang von ca. 70 000 Euro pro Jahr gewesen sei. Man habe bewusst das Programm knapp gestaltet, sodass es im Jahr der Geisteswissenschaften noch abgeschlossen werden könnte. Nun sei daraus ein voluminöses, aber kein kurzfristig realisierbares Projekt, geworden. Gleichwohl sei jetzt vieles angestoßen worden, das seine Wirkung mittelfristig entfalten werde.

Vonseiten der Fraktion der SPD wird bedauert, dass der avisierte interfraktionelle Antrag nun doch nicht formal realisiert worden sei, da die Fraktion der CDU/CSU gemeinsame Anträge mit der Fraktion DIE LINKE. ablehne. Daher lägen jetzt insgesamt drei inhaltlich im Wesentlichen gleichlautende Anträge vor. Man werde aber dem Koalitionsantrag zustimmen und die Anträge der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen, da die Fraktion der SPD vertragstreu sei und sich an Verabredungen mit dem Koalitionspartner halte.

Vonseiten der **Fraktion der FDP** wird die Richtigkeit der strategischen Entscheidung des Ausschusses betont, die Einladung der Bundesministerin, Dr. Annette Schavan, zur Indienreise Anfang Februar 2007 angenommen zu haben. Im Prinzip habe der Ausschuss damit auch an der Vorbereitung der Reise der Bundeskanzlerin nach Indien mitgewirkt. Die Schwerpunkte ihrer gemeinsamen Erklärung mit dem indischen Premierminister zur Weiterentwicklung der strategischen globalen Partnerschaft gingen in die richtige Richtung. Die Intensivierung der bildungs-, wissenschafts- und forschungspolitischen Zusammenarbeit mit Indien habe eine stabilisierende und friedensichernde Bedeutung in einer labilen Region.

Auch vonseiten der Fraktion der FDP wird Unverständnis geäußert, dass es bei einer großen Einigkeit in der Sache nicht gelungen sei, ein Zeichen mit einem interfraktionellen Antrag zu setzen. Man werde daher als Oppositionsfraktion einen eigenen Antrag in die Abschlussberatung im Plenum des Deutschen Bundestages einbringen, der identisch mit dem vorliegenden Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD sei. Damit wolle man auch vor der Öffentlichkeit deutlich machen, dass sich das Parlament auch gemeinsam für eine als gut empfundene Initiative einsetzen sollte.

Vonseiten der Fraktion der FDP wird auf das Thema „Stipendien“ eingegangen, das sich vor dem Hintergrund der Reise und des Workshops als bedeutsam für einen gemeinsamen Antrag herausgestellt habe. Aufgrund des vorwiegend sehr geringen Einkommens wären Studierende auf Stipendien angewiesen, um in Deutschland studieren oder ein Praktikum absolvieren zu können. Man wolle von der Bundesregierung wissen, wie es gelingen könne, die avisierte Verdoppelung der indischen Studierenden in Deutschland zu erreichen.

Es wird empfohlen, die Wirtschaft als Partner in die Kooperationsförderung einzubeziehen und gemeinsame Stiftungslehrstühle zu schaffen. Eine Vertiefung der deutsch-indischen Zusammenarbeit sei auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und einer notwendigen Verbesserung der indischen Infrastruktur geboten.

Die Aufnahme der beruflichen Bildung in die gemeinsame Erklärung der Bundeskanzlerin und des indischen Premierministers wird begrüßt. Es wird angeregt ein – wie bereits in anderen Ländern praktiziert – gemeinsames Weiterbildungsinstitut einzurichten, in dem gemeinsame Fachcurricula auch nach dem Muster der deutschen Berufsausbildung entwickelt werden könnten.

Vonseiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird es als bemerkenswert erachtet, dass aus einer Ausschussreise unmittelbar eine Initiative geboren worden sei, die auch in einer relativ kurzen Zeit zu einer Umsetzung komme. Der Indien-Workshop am 25. April 2007 im Ausschuss habe eine Vielzahl wichtiger Informationen vermittelt. Man bedaure, dass eine konkrete Umsetzung jetzt erst nach dem Besuch der Bundeskanzlerin in Indien erfolge. Grundsätzlich begrüße die Fraktion DIE LINKE. jedoch die jetzt eingeleiteten Maßnahmen. Man befürworte auch, dass die Bundesregierung nicht alleine dem allgemeinen Trend folge, nur in die großen Hightech-Entwicklungen zu investieren, sondern die geisteswissenschaftlichen Kooperationen fördere und insbesondere auch die Förderung des weiblichen Nachwuchses im Auge habe.

Es wird empfohlen, die Fördermaßnahmen mit einer vergleichenden Forschung zu begleiten, um Fehler bei der Implementierung der Maßnahmen zu erkennen und zu vermeiden. Indien befinde sich in einem großen Strukturwandel. Zurzeit verfügten ca. 70 Prozent der Bevölkerung über ein Einkommen von weniger als zwei Dollar pro Tag. Dies müsse man berücksichtigen, wenn man an die Förderung der intellektuellen Potentiale in Indien denke.

Es wird empfohlen, die Initiativen langfristig zu verstetigen und auch das Einhalten der Zusagen der Wirtschaft zu verfolgen. Es wird betont, dass sich die Boom-Region Indien unter anderen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen entwickle wie China und die Berücksichtigung der Differenzen interessant für die Gestaltung gemeinsamer Bildungsinitiativen sei. Wirkungsvolle faire Kooperationen und funktionierende Austauschprogramme mit Indien könnten als Modell für die Zusammenarbeit mit anderen Ländern dienen.

Vonseiten der Fraktion DIE LINKE. wird der in einer früheren Wahlperiode von der Fraktion der CDU/CSU gefasste Ausgrenzungsbeschluss, keine gemeinsamen Vorlagen mit der Fraktion DIE LINKE. zu unterstützen, scharf kritisiert. Einerseits strebe die Union im Zuge fortschreitender Globalisierung faire Formen des Umgangs und der Zusammenarbeit auch mit kommunistischen Staaten wie China und Vietnam an. Aber national und auf parlamentarischer Ebene verweigere man bei gleichen Interessen und politischen Zielen eine Zusammenarbeit.

Vonseiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN** wird ausgeführt, dass die Erfahrungen mit bildungshungrigen und enthusiastischen Studierenden und jungen Wissenschaftlern in Indien die Delegation noch vor Ort beflügelt habe, einen gemeinsamen Antrag zur Förderung der deutsch-indischen Kooperationen auf den Weg zu bringen. Man habe den Eindruck gewonnen, dass Indien eine Partnerschaft auf Augenhöhe anstrebe und ausdrücklich an deutschen Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern an indischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen interessiert sei. Man habe aus dem gemeinsamen Workshop mitgenommen, dass man nicht nur mehr Haushaltsmittel für Kooperationen zur Verfügung stellen, sondern auch die Wirtschaft einbinden, die Information und Kommunikation verbessern und das Hochschulmarketing verstärken sollte. Es sei sehr hilfreich, wenn Inder bereits in ihrer Heimat erführen, dass es ein Angebot an englischsprachigen Studiengängen in Deutschland gäbe und damit die befürchtete Sprachbarriere zumindest auf Ebene der Hochschulen kein Grund sei, in die USA oder Großbritannien zu gehen.

Man begrüße die Schwerpunktsetzung der Stärkung der Kooperation und des Austauschs auf der Ebene der Sozial- und Geisteswissenschaften. Nachhaltig könne eine Zusammenarbeit aber nur sein, wenn die Förderung breiter angelegt werde.

Wenn man die Zahl deutscher Studierender und Wissenschaftler in Indien erhöhen wolle, müssten in Deutschland auch mehr Universitäten Studien zur Entwicklung des modernen Indiens anbieten. Es sei kontraproduktiv, wenn man die Herausforderungen der Globalisierung annehmen wolle, kleine Fächer zum Beispiel „Südasiatische Studien“ an der Berliner Humboldt-Universität aus Rentabilitätsgründen schließe.

Auch vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Blockade eines fraktionsübergreifenden Antrags durch die Fraktion der CDU/CSU kritisiert. Ihr parlamentarisches Gebaren sei der Öffentlichkeit und den beteiligten Wissenschaftsorganisationen nicht zuzumuten. Wenn die Oppositionsfraktionen dem Koalitionsantrag zustimmen würden, sei es auch angemessen, sich vonseiten der Koalitionsfraktionen gegenüber den gleichlautenden Anträgen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenigstens zu enthalten.

Berlin, den 14. November 2007

Marcus Weinberg Berichterstatter	**Ulla Burchardt** Berichterstatterin	**Cornelia Pieper** Berichterstatterin
Dr. Petra Sitte Berichterstatterin	**Priska Hinz (Herborn)** Berichterstatterin	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333